



Klimasicherheit und Friedenseinsätze

Neue Initiativen und Chancen

von Tobias Pietz

Der am 28. Februar vorgestellte Klimabericht des Weltklimarats (Intergovernmental Panel on Climate Change, IPCC) unterstrich erneut, dass die Auswirkungen des Klimawandels wie steigende Temperaturen, Dürren, der Anstieg des Meeresspiegels und häufigere und intensivere extreme Wetterereignisse Millionen von Menschen auf der ganzen Welt betreffen. Sie führen zu stärker schwankenden Lebensmittelpreisen, verschärfen den Wettbewerb um natürliche Ressourcen, und machen die Lebensgrundlagen unsicherer. Viele Studien zeigen bereits, dass der Klimawandel ein Risikomultiplikator sein kann, der bestehende Spannungen verschärft. Internationalen Friedenseinsätzen fällt hier eine Schlüsselrolle zu. Aktuell sind bspw. 10 der 21 laufenden UN-Friedenseinsätze in Ländern, die als besonders klimawandelgefährdet eingestuft wurden. Insgesamt befindet sich 80 Prozent des Personals der Einsätze in diesen Ländern.¹

Mögliche Ansatzpunkte für Deutschland

- **G7 Außenminister:innen-Gipfel:** während der Generalversammlung in New York die Verbindung zwischen Klimawandel und Sicherheit in den Mittelpunkt stellen.
- **Klima-Expert:innen:** Rekrutierung und Finanzierung von Klima- und Umwelt-Berater:innen unterstützen sowie den Climate Security Mechanism (CSM) der UN finanziell noch besser ausstatten.
- **Nächstes UN-Peacekeeping Ministerial:** deutsche Zusagen, die sowohl den ökologischen Fußabdruck der Kontingente reduzieren als auch die übergeordneten Fähigkeiten zu Klima und Sicherheit stärken.
- **Klima-Partnerschaften bei Friedenseinsätzen:** in EU-UN-Kooperationen sowie in trilateralen oder quadrilateralen Foren mit Afrikanischer Union (AU) und der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) Klimapartnerschaften ausbauen.

Ein russisches Veto

Als Ende 2021 ein russisches Veto die Verabschiedung einer Resolution des UN-Sicherheitsrates zu Klima und Sicherheit endgültig blockierte², schien 2021 auch nach einem eher durchwachsenen Ergebnis der UN-Klimakonferenz in Glasgow endgültig ein verlorenes Jahr für die Klimapolitik zu sein. Doch das Gegenteil ist der Fall. Ja, Russland konnte eine Resolution erneut verhindern, jedoch nicht den Zuwachs an Bedeutung und Aufmerksamkeit für dieses Thema – auch im UN-Sicherheitsrat und der Generalversammlung. Niger und Irland hatten bis zum Schluss mit großem Ehrgeiz verhandelt und wussten am Tag der Abstimmung nicht nur 12 der 15 Mitglieder im Sicherheitsrat hinter sich, sondern hatten insgesamt 113 Mitgliedsstaaten als Unterstützer ihrer Resolution gewinnen können. Damit ist das Thema endgültig zu einem Baustein in der UN-Friedens- und Sicherheitsarchitektur geworden. In den einzelnen Programmen und Abteilungen der UN, genauso wie in vielen ihrer Missionen, ist das schon länger der Fall. Vor allem in den letzten Jahren gab es viele Fortschritte, sei es bei der Analyse von Risiken, der Prävention – oder auch der Frage nach der Mandatierung und dem ökologischen Fußabdruck einer Mission.

Deutsche Klima-Außenpolitik

Schon die letzte Bundesregierung hat das Thema Klima und Sicherheit vorangebracht – und während der Mitgliedschaft Deutschlands im UN-Sicherheitsrat sogar einen Vorläufer-Entwurf zur jetzt gescheiterten Resolution erstellt (der damals nicht nur an Russland, sondern vor allem an der

US-Administration unter Trump scheiterte). Bereits seit längerem hat das Auswärtige Amt ein Klimareferat und mit der „Berlin Climate Security Conference“ seit 2019 eine der zentralen Austauschplattformen für Klima und Sicherheit geschaffen.

Mit der neuen Außenministerin wird die Klimaaußenpolitik im Auswärtigen Amt und in der gesamten Bundesregierung noch weiter aufgewertet, nicht zuletzt durch die Ernennung der bisherigen Greenpeace-Chefin Jennifer Morgan zur neuen Sonderbeauftragten für internationale Klimapolitik im Auswärtigen Amt.³ Die Klimapolitik – inkl. der Zuständigkeit für die deutsche Verhandlungsdelegation bei den UN-Klimakonferenzen – ist aus dem Umweltministerium herüber gewechselt. Bei fast jedem Antrittsbesuch der neuen Ministerin spielt Klima eine zentrale Rolle, oft bezogen auf das Thema Energiesicherheit/Energiewende, und das selbst bei sicherheitspolitisch höchst sensiblen Treffen mit ihren russischen oder ukrainischen Counterparts.

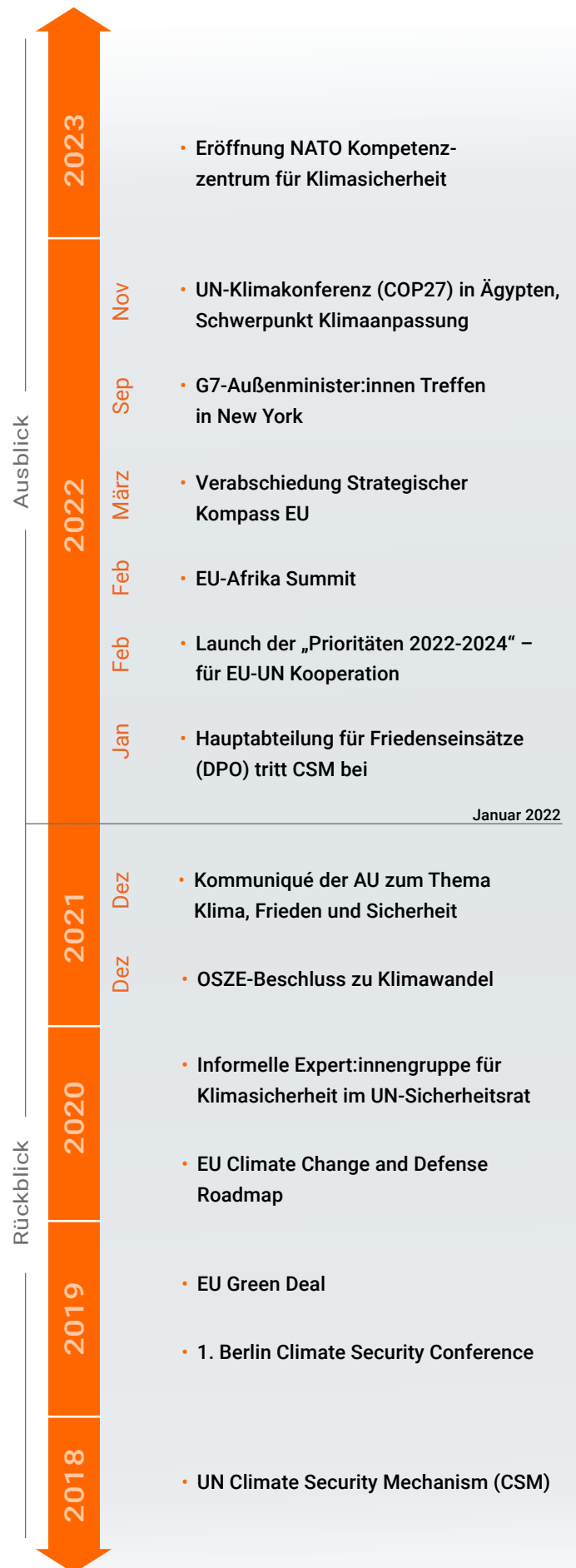
Aus gutem Grund, denn die Welt steht vor wachsenden Herausforderungen im Bereich Klima und Sicherheit. Im August 2021 bekräftigte der Sechste Sachstandsbericht⁴ des IPCC, dass die Welt mit noch nie dagewesenen Risiken durch den Klimawandel konfrontiert sei und dies alle Regionen betreffe. Angesichts des Ausmaßes der Klimakrise reichen die Auswirkungen über die Umwelt hinaus bis in den sozialen und politischen Bereich. Damit sind Klimarisiken und -folgen auch von zentraler Bedeutung für das internationale Krisenmanagement, und für diverse Einsätze im Rahmen der UN, EU, OSZE, NATO oder Afrikanischer Union. Klimasicherheit liegt darüber hinaus an einer Schnittstelle zwischen verschiedensten Akteuren und Prozessen, bspw. den

Nachhaltigen Entwicklungszielen (SDGs) 13 (Klima) und 16 (Frieden) der Vereinten Nationen.⁵ Für den auf den SDGs aufbauenden Humanitarian-Development-Peace-Nexus (HDP) bietet das Thema Klima und Sicherheit darüber hinaus einen potentiellen Katalysator für eine bessere Abstimmung und Zusammenarbeit aller Akteure.⁶

Initiativen von EU, OSZE, AU und NATO

Obwohl die UN-Resolution zur Klimasicherheit nicht zustande kam, war das Jahr 2021 und besonders der Dezember voller positiver Signale der internationalen Organisationen, die an Friedensoperationen und Konfliktbewältigung beteiligt sind. Diese können die Agenda zur Klimasicherheit im Jahr 2022 deutlich voranbringen.

Am 3. Dezember 2021 verabschiedete der OSZE-Ministerrat unter schwedischem Vorsitz einen bahnbrechenden „Beschluss über die Stärkung der Zusammenarbeit bei der Bewältigung der durch den Klimawandel verursachten Herausforderungen“ (sogar mit russischer Zustimmung), der nicht nur die Politik der Teilnahmestaaten, sondern auch die Aktivitäten und Feldoperationen der Organisation selbst beeinflussen wird.⁷ Dabei ist das Thema nicht neu für die OSZE. Bereits 1975 wurde in der Schlussakte von Helsinki die Notwendigkeit der Zusammenarbeit im Bereich des Klimawandels als Teil des umfassenden Ansatzes der OSZE für Frieden und Sicherheit anerkannt. Bei einem ersten Gespräch der OSZE-Generalsekretärin mit der neuen deutschen Außenministerin im Januar hoben beide Klima- und Umwelt als Schwerpunkte der Organisation für 2022 hervor.



Auch die Europäische Union hat den Klimawandel bereits vor Jahren als Sicherheitsproblem erkannt. Im Jahr 2008 bezeichnete die Europäische Kommission den Klimawandel bereits als „Bedrohungsmultiplikator“, der in den Mittelpunkt der EU-Sicherheitspolitik gerückt werden müsse. Mit dem „Green Deal“ im Jahr 2019 und der 2020 beschlossenen „Climate Change and Defense Roadmap⁸“ strebt die EU nicht nur eine Green-Deal-Diplomatie bei der Anwendung ihrer Instrumente an, sondern hat auch versprochen, Klimafaktoren in die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) mit einzubeziehen. Unter anderem arbeitet sie derzeit an entsprechenden Leitlinien und wird in allen GSVP-Missionen und -Operationen ein Netz von Umwelt- und Klimaberater:innen einrichten. Bereits im Februar hat auch der EU-Afrika Summit sich sowohl mit dem Klimawandel als auch mit Frieden und Sicherheit beschäftigt.⁹



„Der Green Deal der EU kann auch für das EU-Krisenmanagement eine zentrale Rolle spielen – hin zu einem verbesserten integrierten Europäischen Ansatz“

Da die Mehrzahl der europäischen Kriseneinsätze auf dem afrikanischen Kontinent stattfindet, braucht es hier – neben der besseren Abstimmung von Kommission, dem Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) und den EU-Mitgliedsstaaten – auch eine bessere Kooperation mit den afrikanischen Partnern vor Ort. Auch im Strategischen Kompass, der im März während der französischen Ratspräsidentschaft erscheinen soll, wird eine integrierte Herangehensweise an die Außen- und Sicherheitspolitik der EU hervorgehoben. Im aktuellen Entwurf betont der EAD: „Wir werden auch Klimaschutz- und Umweltaspekte bei allen zivilen und

militärischen GSVP-Missionen und -Operationen durchgehend berücksichtigen und im Hinblick auf die spezifischen sicherheitspolitischen Herausforderungen, die durch den Übergang zu einer CO₂-armen und ressourceneffizienten Kreislaufwirtschaft entstehen, unsere Analysekapazitäten und Frühwarnsysteme ausbauen.“¹⁰

Dazu passt, dass die Afrikanische Union am 13. Dezember 2021, dem Tag, an dem Russland im UN-Sicherheitsrat sein Veto gegen die Resolution einlegte, ein Kommuniqué¹¹ zum Thema Klimawandel, Frieden und Sicherheit veröffentlichte.¹² Unter anderem fordert die AU in diesem eine klimasensitive Planung für ihre Friedenseinsätze sowie bei Wiederaufbau- und Entwicklungsmaßnahmen nach Konflikten. Außerdem sollen Frühwarnsysteme aufgebaut und insgesamt die Kapazitäten der Mitgliedsstaaten der AU in diesem Bereich gestärkt werden.

Auch die NATO hat sich dem Thema schon länger gewidmet, nicht allein wegen der Frage, ob und wie ihre Kräfte unter Klimawandel-induzierten Extremwetterereignissen funktionieren können, sondern auch für die allgemeine Risikoeinschätzung und Planung. Dazu beabsichtigt die NATO auf der Grundlage einer kanadischen Initiative die Eröffnung eines Kompetenzzentrums für Klimasicherheit im Jahr 2023.¹³ Premierminister Trudeau kündigte auf dem Gipfel der NATO-Staats- und Regierungschefs im Juni 2021 in Brüssel erstmals die Absicht an, die Verbündeten um Unterstützung für den Aufbau eines solchen Zentrums zu bitten. 2022 werden die NATO-Mitglieder die konkrete Ausgestaltung und des Zentrums verhandeln.

COP27 und G7

Die nächste UN-Klimakonferenz, COP27, wird im November in Ägypten stattfinden. Es besteht eine gewisse Hoffnung, dass bei dieser Konferenz dadurch stärker auf die Forderungen und den Bedarf des globalen Südens eingegangen wird. Ägypten hatte im vergangenen Jahr den Vorsitz bei einer zentralen Sitzung zum Thema Klimasicherheit im Peace and Security Council der Afrikanischen Union inne und macht sich insgesamt für multilaterale Maßnahmen zum Klimawandel stark. COP27 wird einen besonderen Schwerpunkt auf die Klimaanpassung legen.¹⁴



„Deutschlands G7-Vorsitz bietet eine große Chance, dass Thema Klima und Sicherheit weiter zu pushen.“

Darüber hinaus legt Deutschland als Vorsitz der G7 im Jahr 2022 einen klaren Schwerpunkt auf Klima- und Umweltfragen. Neben verschiedenen Aktivitäten zu Nachhaltigkeit plant das Auswärtige Amt, beim traditionellen Treffen der G7-Außenminister:innen während der Generalversammlung in New York im September die Verbindung zwischen Klimawandel und Sicherheit in den Mittelpunkt zu stellen.¹⁵

Es besteht die Hoffnung, dass all diese wichtigen Entwicklungen und Initiativen die Bedeutung von Klimasicherheit im UN-Sicherheitsrat 2022 stärken werden. Denn auch ohne eine Resolution werden die Diskussionen darüber weitergehen: durch offene Debatten und durch die fortlaufende Anpassung der Mandate für Friedensoperationen, um die Verbindung zwischen ihrer Arbeit und der Klima- und Umweltsicherheit zu reflek-

Informelle Expert:innengruppe

Im Jahr 2020 initiierte Deutschland die informelle Expert:innengruppe für Klimasicherheit im Sicherheitsrat. Die Gruppe soll die Arbeit des Sicherheitsrats verbessern, indem sie Informationen zu klimabezogenen Sicherheitsfragen sammelt und im Sicherheitsrat einbringt.

tieren. Darüber hinaus werden Norwegen und Kenia als nicht-ständige Mitglieder des UN-Sicherheitsrats in diesem Jahr gemeinsam den Vorsitz der informellen Expert:innengruppe für Klima und Sicherheit führen.

Bereits im Januar 2022 haben sie Diskussionen im UN-Sicherheitsrat zum Zusammenhang zwischen Klima und Sicherheit geleitet. Eine andere Möglichkeit haben einige Länder nach der Abstimmung im Dezember ins Spiel gebracht: die breite Unterstützung der nigrisch-irischen Initiative spräche doch für eine Resolution in der Generalversammlung, in der vom Klimawandel besonders betroffene Länder ihren Interessen mehr Gehör verschaffen können als im UN-Sicherheitsrat. Allerdings entfalten Resolutionen der Generalversammlung meist weniger Wirkung als die des Sicherheitsrates.¹⁶

Fortschritte bei UN-Friedenseinsätzen

Das neue Jahr brachte auch einige konkrete positive Nachrichten für UN-Friedenseinsätze und Klimasicherheit. Anfang 2022 trat die Hauptabteilung für Friedenseinsätze (Department of Peace Operations, DPO) endlich dem Climate Security Mechanism (CSM) der Vereinten Nationen bei, einer Initiative der Hauptabteilung für Politische

Angelegenheiten und Friedenskonsolidierung (Department of Political and Peacebuilding Affairs, DPPA), des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (United Nations Development Programme, UNDP) und des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (United Nations Environment Programme, UNEP). Der CSM wurde 2018 ins Leben gerufen, um die Fähigkeit des UN-Systems zu stärken, die negativen Auswirkungen des Klimawandels auf Frieden und Sicherheit zu analysieren und diese anzugehen. DPO war von Anfang an ein Partner des CSM, aber die Aufnahme als Vollmitglied bietet nun Potenzial für ein besser abgestimmtes Vorgehen der vier UN-Akteure. Der CSM wurde bereits als der „Katalysator für den Aufbau einer Evidenzbasis für klimabedingte Sicherheitsrisiken und den Austausch von diesbezüglichem Wissen und Praktiken unter den UN-Einrichtungen“ gelobt.¹⁷ Die schwedische Regierung hat gerade entschieden, 2022 den CSM mit knapp 1.5 Millionen EUR zusätzlich zu fördern.¹⁸

Auch das Peacekeeping Ministerial 2021¹⁹, das vom 7. bis 8. Dezember in Südkorea stattfand, befasste sich unter anderem mit neuen Verpflichtungen der Mitgliedstaaten zur Verringerung des ökologischen Fußabdrucks von Friedenseinsätzen und zu ihrer Anpassung an die Herausforderungen des Klimawandels. Allerdings mit nur wenigen konkreten Zusagen. Ausgerechnet der Kleinstaat Bhutan ging als einziges Land mit gutem Beispiel voran und versprach, den „CO₂-Fußabdruck seines militärischen Kontingents und die Auswirkungen auf die lokale Umwelt und die natürlichen Ressourcen durch den Einsatz von Solarzellen, eine ordnungsgemäße Abfallentsorgung und das Pflanzen von Bäumen“ zu verringern.²⁰ Das hätten sich die UN wohl eher von den größeren Truppen stellenden Staaten gewünscht.

Auf der Feldebene werden sowohl die Friedenseinsätze als auch die politischen Sondermissionen der UN zusätzliche Berater:innen für Klima- und Umweltsicherheit rekrutieren. Darüber hinaus verstärken die UN-Operationen ihre Zusammenarbeit mit den EU-Missionen im Bereich der Klimasicherheit. Die wichtigsten Leitlinien für beider Zusammenarbeit, die „Prioritäten 2022-2024“, werden derzeit aktualisiert. Im jüngsten Entwurf wird betont, dass der Zusammenhang zwischen Klima, Frieden und Sicherheit als Querschnittsthema in die gemeinsamen Prioritäten von EU und UN einbezogen werden soll.²¹

Climate Security Mechanism

Der Klimasicherheitsmechanismus (CSM) dient dem Aufbau einer umfassenderen Reaktion der Vereinten Nationen auf klimabedingte Sicherheitsrisiken. Er ist bei DPPA angesiedelt und wird vom UN-Entwicklungsprogramm und dem UN-Umweltprogramm sowie von DPPA personell unterstützt.

Für die UN lässt sich festhalten, dass das „momentum behind climate security in the UN system is building due to the realities experienced by countries on the Security Council’s agenda.“²² Zusammen mit den positiven Entwicklungen bei OSZE, EU, AU und NATO, kann das Jahr also 2022 einen wichtigen Schritt vorwärts bedeuten, hin zu einer engeren Verzahnung von Klima und Sicherheit für das Krisenmanagement sowie einer effizienten Klimaaußenpolitik.²³

- [1] <https://www.sipri.org/commentary/topical-back-grounder/2021/why-united-nations-peace-operations-cannot-ignore-climate-change>
- [2] <https://www.un.org/press/en/2021/sc14732.doc.htm>
- [3] <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/jennifer-morgan-klimapolitik-101.html>
- [4] <https://www.ipcc.ch/assessment-report/ar6/>
- [5] <https://sdgs.un.org/goals/goal13>
- [6] Für eine Übersicht zum Stand HDP Nexus siehe auch https://www.zif-berlin.org/sites/zif-berlin.org/files/2022-01/ZIF_Studie_HDP_Nexus_211228_web.pdf
- [7] <https://www.osce.org/files/f/documents/6/0/508592.pdf>
- [8] <https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-12741-2020-INIT/en/pdf>
- [9] <https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/international-summit/2022/02/17-18/>
- [10] EEAS(2021) 1169 REV 1, S.18, Januar 2022.
- [11] <https://www.peaceau.org/en/article/communique-of-the-1051th-meeting-of-the-au-peace-and-security-council-psc-held-on-26-november-2021-on-the-theme-climate-change-and-peace-and-security-the-need-for-an-informed-climate-security-development-nexus-for-africa>
- [12] <https://climate-diplomacy.org/magazine/conflict/after-unsc-disappointment-african-union-picks-climate-security-baton>
- [13] <https://pm.gc.ca/en/news/backgrounders/2021/06/14/strengthening-transatlantic-defence-and-security>
- [14] Siehe Programmentwurf COP27: https://unfccc.int/sites/default/files/resource/AC_report_CMA_decision_GGA_0.pdf
- [15] <https://www.auswaertiges-amt.de/en/aussenpolitik/internationale-organisationen/g8-g20/g7-presidency/2504680>
- [16] <https://www.crisisgroup.org/how-un-member-states-divided-over-climate-security>
- [17] <https://www.sipri.org/commentary/expert-comment/2021/russias-nyet-does-not-mean-climate-security-security-council-agenda>
- [18] <https://regeringen.se/pressmeddelanden/2022/02/sverige-okar-stodet-till-fns-arbete-med-klimat-och-sakerhet-i-utvecklingslander/>
- [19] <https://peacekeeping.un.org/en/2021-seoul-un-peacekeeping-ministerial>
- [20] <https://peacekeeping.un.org/sites/default/files/bhutan.pdf>
- [21] "Taking the UN-EU strategic partnership on peace operations and crisis management to the next level: Priorities 2022-2024" (Entwurf, 19 November 2021)
- [22] <https://www.sipri.org/commentary/expert-comment/2021/russias-nyet-does-not-mean-climate-security-security-council-agenda>
- [23] Wie eine solche Klimaaußenpolitik aussehen könnte: https://dgap.org/sites/default/files/article_pdfs/08_klimawandel_und_sicherheit.pdf

Foto

Seite 1: UN Photo/Michael Ali (MONUSCO Peacekeeper on Patrol)

Der Autor

Tobias Pietz ist stellvertretender Leiter des Teams Analyse.

Berliner Zentrum für Internationale Friedenseinsätze (ZIF) gGmbH
 Ludwigkirchplatz 3 – 4 | 10719 Berlin | Deutschland
research@zif-berlin.org
 @ZIF_Berlin | LinkedIn
www.zif-berlin.org



Gefördert durch:

